



Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft

4.3. 2013

Michael Beleites und Jörg Gerke, Sprecher im Bundesvorstand für Ostdeutschland

AbL begrüßt Antrag der CDU-Fraktion und von Bündnis 90/Grüne im Brandenburger Landtag zur Bodenpolitik

Im Brandenburger Landtag wird die Bodenpolitik der BVVG zu einem kontroversen Thema zwischen Opposition und Landesregierung.

CDU und Grüne fordern in einem gemeinsamen Antrag der Fraktionen unter anderem eine Beschränkung der BVVG- Ausschreibungslose auf maximal 10 ha, die Verlängerung der BVVG-Privatisierung über das Jahr 2025 hinaus und die Begrenzung des Flächenerwerbs je Landwirt auf 100 ha.

Die vorgeschlagenen Schritte weisen in die richtige Richtung, sollten aber durch weitergehende Maßnahmen unterstützt werden.

Die Flächen im Eigentum des Landes sollten in der nächsten Verpachtungsrunde breit an viele Betriebe verpachtet werden, um die bisherige bodenpolitische Wettbewerbsverzerrung gegen bäuerliche Betriebe abzumildern. Weiterhin ist es dringend geboten, die Bund-Länder-Vereinbarungen zur BVVG von 2010 aufzuheben, weil diese, nochmals verstärkt die bäuerlichen Betriebe bis 250 ha benachteiligen (s. dazu anliegend Gerke, Bauernstimme 12/2012, S. 3).

Die gemeinsame Initiative von CDU und Bündnisgrünen in Brandenburg verdient auch deswegen Beachtung, weil beide Parteien in den anderen ostdeutschen Bundesländern bisher kein Interesse an einer Korrektur der aus unserer Sicht verhängnisvollen ostdeutschen Bodenpolitik gezeigt haben.

Kontakt: Jörg Gerke, Tel. 038453/20400; Michael Beleites, Tel. 035209/29180